

- the basic measure of punishment for a corrupt activity is the prohibition to work in state institutions and the loss of social benefits for by public service, such as pensions and social services.

The experience of the countries on the prevention of corruption is diverse and depends on the legal, social, political environment, level of economic development, improvement of public administration. Certain standards are already adopted and are in force in Ukraine, others are in the discussions stage. Nevertheless, it is worth mentioning that the effectiveness of the strategy in the fight against corruption is determined not only by the amount of the proposed activities but their quality – the ability to really influence the situation and change it. Therefore, it is necessary to borrow relevant experience selectively, taking into account the available results of the relevant rule application. The necessity of using foreign experience in the sphere of fighting corruption in the public administration system of the country is predetermined by the fact that the basic laws of bureaucracy functioning are universal and practice shows that they do not depend on national circumstances in many aspects.

Список використаних джерел:

1. About the National Bureau of Ukraine: the law of Ukraine from 14 October 2014.
2. Germany on the way of combating corruption (Melnyk M.I) – 1997.
3. How to fight the corruption – Cocov U.A.
4. Corruption in Ukraine: reasons, consequences.

Споденейко А.,

здобувач ступеня вищої освіти бакалавра
Національної академії
внутрішніх справ

Консультант з мови: Грицук Л.

BEKÄMPFUNG DER GELDWÄSCHEREI UND TERRORISMUSFINANZIERUNG IM RAHMEN DER EU

Die mit der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung verbundenen Risiken stellen für das Finanzsystem der EU und die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger ein großes Problem dar [3].

Unter der Geldwäsche versteht man das Verschleiern oder Verbergen des illegalen Ursprungs von Erträgen aus bestimmten schweren, kriminellen Vortaten. Unter der Terrorismusfinanzierung versteht man das Bereitstellen

und Sammeln von (auch legalen) Vermögenswerten zur Ausführung eines terroristischen Aktes [6].

Seit 2018 verfügt die EU über strengere Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche. Dadurch wird es schwierig, illegale Gelder in verschachtelten Scheinfirmen zu verbergen, und die Kontrollen von risikobehafteten Drittländern werden verschärft. Außerdem wird die Funktion der Finanzaufsichtsbehörden gestärkt und der Zugang zu Informationen und der Informationsaustausch verbessert.

Die Vorschriften müssen jedoch ständig angepasst werden, um Risiken zu begegnen, die zurückzuführen sind auf:

die technologische Innovation – z. B. virtuelle Währungen

die zunehmende Verflechtung der Finanzströme im Binnenmarkt
den globalen Charakter terroristischer Organisationen

den Einfallsreichtum Krimineller, wenn es darum geht, Lücken oder Schlupflöcher im System auszunutzen.

Im Juni 2019 hat der Europäische Rat seine strategische Agenda 2019-2024 angenommen. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten ist eine ihrer vier Prioritäten.

Die Herausforderungen stellen sich weltweit und erfordern eine enge Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Die EU arbeitet mit ihren Partnern in der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“ (FATF) an der Ausarbeitung und Umsetzung internationaler Standards.

Die Arbeitsgruppe erarbeitet Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, wirbt für sie und gibt Empfehlungen heraus, die die Länder anwenden sollten.

Ihre Empfehlungen werden in der EU durch die fünfte Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche in großem Umfang umgesetzt [3].

Am 5. November 2020 nahm der Rat Schlussfolgerungen zu Geldwäschebekämpfung und Terrorismusfinanzierung an. Diese Schlussfolgerungen dienen als Leitlinien, insbesondere für die

- Ausarbeitung eines einzigen Regelwerks zur Harmonisierung der EU-Vorschriften

- Einsetzung eines Aufsichtsführenden auf EU-Ebene mit direkten Aufsichtsbefugnissen

- Schaffung eines Koordinierungs- und Unterstützungsmechanismus für die nationalen Zentralstellen für Geldwäsche-Verdachtsanzeigen [4].

Das Schweizer Bankwesen zählt zu den bedeutendsten der Welt. Sein guter Ruf basiert auf der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Schweiz und der Hauptaktivität der Vermögensverwaltung sowie der

vergleichsweise konservativen und nachhaltigen Anlage. Kritiker werfen dem Bankenplatz Schweiz vor, er begünstige durch das Schweizer Bankgeheimnis Geldwäscherei und Steuerflucht. Um diesem schlechten Ruf entgegenzuwirken hat die Schweiz 1998 ein Anti-Geldwäscherei-Gesetz erlassen. Bereits 1991 wurden die Banken von der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) verpflichtet, bei allen neuen Kontoeröffnungen sowie für alle bestehenden Konten die wirtschaftlich Berechtigten des Kontos zu ermitteln. Die Schweiz wird im Schattenfinanzindex 2020 des Tax Justice Networks auf Platz drei gelistet. Dies geschah, nachdem auf ausländischen Druck hin das Bankgeheimnis für ausländische Einlagen generell stark gelockert worden war [5].

Die Schweiz setzt sich aktiv für einen integren Schweizer Finanzplatz ein. Sie engagiert sich daher auf internationaler Ebene unter anderem bei der Entwicklung von Standards zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung und setzt diese auf nationaler Ebene konsequent um.

Die Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung ist für die Schweiz insbesondere im Zusammenhang mit der Reputation des Finanzplatzes ein außenpolitisch wichtiges Thema. Die Schweiz will verhindern, dass Gelder aus illegalen Tätigkeiten in den legalen Wirtschaftskreislauf eingespeist werden und Terroristen Zugang zu finanziellen Mitteln haben. Sie beteiligt sich an der Entwicklung internationaler Standards im Bereich der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung und setzt diese um. Sie verfügt diesbezüglich über eine der weltweit griffigsten Gesetzgebungen [2].

In Deutschland aber auch auf internationaler Ebene hat die Bundesregierung mit einem Katalog an Maßnahmen den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu einem ihrer obersten Ziele gemacht. Der Kampf gegen Geldwäsche wurde seit 2019 deutlich ausgeweitet und verschärft. Mit einer Reihe von gesetzlichen und anderen konkreten Maßnahmen hat sich die Bundesregierung der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verstärkt verschrieben.

Zum einen wurde die 5. EU-Geldwäscherichtlinie zum 1. Januar 2020 in Deutschland so umgesetzt, dass zahlreiche Regelungen über die Vorgaben der Europäischen Union (EU) hinausgehen. Mit dem neuen Geldwäschegesetz sind strengere und erweiterte Anforderungen beim Erwerb von Immobilien in Kraft, dies betrifft beispielsweise das Offenlegen der hinter den Geschäften stehenden Kapitalgeber.

Wichtig war auch beim Umsetzen der Richtlinie, dass Pflichten zur Verschwiegenheit bei bestimmten Berufen nicht das Aufdecken von Geldwäsche behindern. Bei Immobilientransaktionen sind daher die

entsprechenden Geldwäschepflichten von Notaren, Rechtsanwälten und Steuerberatern erheblich ausgeweitet worden. Mehr Sorgfalt gilt im risikobehafteten Handel mit Gold und anderen Edelmetallen, bereits bei Geschäften ab 2.000 Euro Bargeld müssen entsprechende Pflichten eingehalten werden. Auch Dienstleister bei Kryptowährungen, Kunsthändler, Mietmakler und Versteigerer müssen nun die Vorschriften des Geldwäschegesetzes einhalten.

Das Transparenzregister, aus dem hervorgeht, welche Personen hinter Unternehmen und Organisationen stehen, ist seit dem 1. Februar 2020 zusätzlich auch für jedermann zugänglich. Die Meldepflicht für das Register wurde für ausländische Immobilienerwerber ausgeweitet. Derzeit wird der Geldwäsche-Straftatbestand reformiert, um die praktische Geldwäschebekämpfung durch Justiz und Polizeibehörden verbessern zu können.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus einen Gesetzentwurf zur effektiveren Verfolgung von Geldwäsche beschlossen. Der Entwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz ist in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen erarbeitet worden [4].

Abschließend könnte man sagen, dass die Richtlinien der EU zu Geldwäschebekämpfung und Terrorismusfinanzierung, Gesetzgebung und Tätigkeit der Schweiz in diesem Bereich, Regeln des deutschen Geldwäschegesetzes und die Ergebnisse der Strafverfolgungspraxis sicherlich ein Vorbild für viele Länder sein können, die auf dem untersuchten Gebiet wirksame Schritte unternehmen wollen.

Список використаних джерел:

1. <https://de.wikipedia.org/wiki/Geldw%C3%A4sche>
2. Internetquelle:<https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/finanzplatz-und-wirtschaft/kampf-korruption-geldwaescherei-terrorismus.html>
3. Internetquelle:<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/fight-against-terrorism/fight-against-terrorist-financing/>
4. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Geldwaesche-bekaempfen/2020-09-24-wirksamer-kampf-gegen-geldwaesche-in-deutschland-und-internationaler-ebene.html>
5. https://de.wikipedia.org/wiki/Schweizer_Bankwesen

6. https://www.bmdw.gv.at/Themen/Unternehmen/Bekaempfung_Geldwaesche_und_Terrorismusfinanzierung.html

Ставицький Д.,

здобувач ступеня вищої освіти бакалавра
Національної академії Державної прикордонної служби
України імені Богдана Хмельницького

Поліщук М.,

здобувач ступеня вищої освіти бакалавра
Національної академії Державної прикордонної служби
України імені Богдана Хмельницького

Консультант з мови: Комарницька О.

STATE BORDER PROTECTION IN UKRAINE: CHALLENGES AND PERSPECTIVES

The State Border Guard Service of Ukraine is a special law enforcement agency which ensures the inviolability of the state border and protection of Ukraine's sovereign rights on land, in the air and its exclusive (maritime) economic zone.

The service was created on July 31, 2003 after the reorganization of the State Committee in Affairs for Protection of State Border. In 2003, new legislation was adopted, and this somehow changed the legal status of the organization. In March 2003, the Border Troops became the State Border Guard Service of Ukraine, and its status was legally changed from the "military body" to "special law-enforcement agency". The initial strength was 50,000 personnel, including 8,000 civilian employees.

According to the statistics, border guards deal with various types of offences at the Ukrainian border on a daily basis, such as illegal migration, smuggling, human beings trafficking, forgery of documents, various kinds of provocations etc. To prevent such types of border violations our agency's personnel generally uses coercive measures to ensure border security. These measures are mostly implemented through performing specific border guard duties, such as border checks and border surveillance, including border patrol, rapid response teams, observation posts, documents verification etc.

Besides, border guards widely use technical devices to protect the border. An integral part of border protection is engineering arrangement. Currently, the service works closely together with the European and American border guard agencies such as FRONTEX, EUBAM, OSCE, BORTAC, who are willing to help Ukraine financially and by providing us with different kinds of technical devices and modern military equipment for